

**1. Mai
Familienfest**

11–18 Uhr, Warnitzer Bogen,
Falkenberger Chaussee,
Ecke Pablo-Picasso-Straße



Foto: Jörg Rückmann

Keine Super-CO₂-Schleuder

Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus hat sich nach intensiver Debatte einstimmig darauf verständigt, dass zur Sicherstellung der Wärme- und Stromversorgung insbesondere im Ostteil Berlins eine Ersetzung des Kraftwerkes Klingenberg notwendig ist. Das seit den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts bestehende Kraftwerk wurde letztmalig 1987 saniert. Eine Ersatzinvestition werde unterstützt, wenn

- der geplante Neubau des Kraftwerks ohne Steinkohle betrieben wird und den klimaschutzpolitischen Zielen des Landes Berlins nicht zuwider läuft, wozu z. B. eine weitere Reduzierung des Energieverbrauchs wie auch die geplante CO₂-Einsparung von 25 Prozent bis 2010 laut Koalitionsvertrag gehören,
- überholte und gesundheitsschädliche Technologien der Schadstoffbeseitigung und Wasseraufbereitung abgelöst werden sowie

- eine zukunftssträchtige Nachnutzung auf gegebener Standorte vorbereitet wird.

Die Linksfraktion wird mit „Vattenfall Europe“ das Gespräch suchen und sich dafür einsetzen, dass das Unternehmen sein Konzept mit den ökologischen und sozialen Erfordernissen der Berlinerinnen und Berliner in Gegenwart und Zukunft in Einklang bringt und somit die geplante Milliarde Investition umwelt- und arbeitsmarktpolitisch sinnvoll einsetzt. Das Unternehmen sollte seine Kraftwerksplanung und das Gesamtenergiekonzept durch ein unabhängiges Umweltinstitut begutachten und eine CO₂-Bilanz erstellen lassen. Die Ergebnisse müssen transparent gemacht werden. Für den geplanten Kraftwerksneubau sowie die Nachnutzung auf den bereits stillgelegten Kraftwerksstandorten sind Bebauungspläne zu erstellen.

Die Linke.PDS im Abgeordnetenhaus

Energie mit Augenmaß

Von Michael Grunst, Vorsitzender des
Umweltausschusses der BVW Lichtenberg

In die aktuelle Klimaschutzpolitische Debatte „platzen“ Ideen von Vattenfall zum Bau eines überdimensionierten Steinkohlekraftwerkes als Ersatz für Klingenberg. In deren Ablehnung sind sich die Linkspartei einig mit der Bürgerinitiative und dem Bürgerverein Karlshorst. Notwendig sind aber zugleich ernsthafte, keine populistischen Diskussionen, wie man das entstehende Defizit durch die notwendige Stilllegung von Klingenberg-alt kompensieren will. Angesichts der Lebensdauer der Investitionen im Kraftwerksbereich von 40 Jahren und mehr geht es hier um strategische Grundsatzentscheidungen in Energiepolitik und Klimaschutz, die über die Mitte des Jahrhunderts hinausreichen.

Es gehört zur Ehrlichkeit: Will man die Fernwärmeversorgung für 300 000 Haushalte sichern, werden wir um einen Kraftwerksneubau nicht herumkommen.

Dieses Vorhaben zwingt zu politischer Auseinandersetzung über Energieversorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit. Es ist nicht hinnehmbar, dass kartellartig organisierte Energiekonzerne satte Gewinne erwirtschaften, während Bürgerinnen und Bürger in Schwierigkeiten geraten, ihre Energierechnungen zu begleichen. Deshalb wird Vattenfall ein ökologisch und städtebaulich sinnvolles Konzept zur öffentlichen Diskussion vorlegen müssen. Schließlich hat Berlin klare Vorstellungen zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes. Dass Vattenfall den zuständigen Behörden – wie angekündigt – bislang noch keinen fixen und fertigen Plan vorgelegt hat, werte ich als erste Reaktion auf die fehlende gesellschaftliche Akzeptanz.

In dieser Ausgabe

- Bildung der neuen Partei „Die Linke“ (Seiten 2 und 3)
- Sind wir Oscar? (Seite 4)
- Für die Jugend (Seite 5)
- Der Verkauf der Berliner Sparkasse. Interview mit Harald Wolf (Seite 6)
- Gesponserte Regierung (Seite 7)



Die Mitglieder entscheiden!

Von Dr. Gesine Löttsch, MdB und Vorsitzende des Bezirksverbandes Lichtenberg der Linkspartei.PDS

Am 24. und 25. März trafen sich die Delegierten von Linkspartei und WASG in Dortmund zu ihren Parteitag, noch in zwei – allerdings direkt nebeneinander liegenden – Hallen. Bei den zahlreichen Abstimmungen ging es um zweierlei: Wir verständigten uns einerseits auf gemeinsame Inhalte und schufen andererseits die juristischen Voraussetzungen für die Verschmelzung beider Parteien. Jetzt sind die Mitglieder beider Parteien gebeten, in einer Urabstimmung die Ergebnisse von Dortmund zu bestätigen und die Entstehung der neuen Partei am 16. Juni in Berlin zu ermöglichen.

Unterschiedliche öffentliche Reaktionen zeigen, wie nötig diese neue Partei ist. Führende Mitglieder der SPD schäumten bereits am Wochenende vor Wut über den angeblichen Verrat Lafontaines an der SPD. Mir fiel bei diesem Wutausbruch eine Bemerkung meines Abgeordnetenkollegen Wolfgang Neskovic ein, der sagte, nicht er hätte die SPD verlassen, sondern die SPD hätte ihn verlassen.

Um nicht missverstanden zu werden: Die neue Partei soll keine SPD alten Stils werden. Aber bestimmte sozialpolitische Ideen, von denen sich die SPD lange verabschiedet hat, werden in der Partei Die Linke gut aufgehoben sein. Ich will an einem Beispiel zeigen, wie Die Linke gesellschaftlichen Einfluss gewonnen hat. Als wir im Sommer 2005 mit der

wichtigen Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn in den Wahlkampf gingen, wurde diese Forderung von allen anderen Parteien abgelehnt. Inzwischen will die SPD per Unterschriftensammlung für den gesetzlichen Mindestlohn werben.

Eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Partei ist die Rückgewinnung der Demokratie. Nach der Entscheidung über die Rente ab 67 wird vom Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft eingeschätzt: „Für die Investoren ist entscheidend, dass es der Regierung gelungen ist, ein Projekt gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen.“ Vor der neuen Linken steht also die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass nicht mehr gegen die Mehrheit des Willens und der Interessen der Bevölkerung entschieden wird.

Viele persönliche Begegnungen in Dortmund stimmen mich optimistisch. Ich habe die zwei Tage genutzt, um möglichst viel von beiden Parteitagen mitzuerleben. Dabei habe ich Menschen getroffen, denen ich einerseits viele Fragen über die Herkunft und die Arbeit der Linkspartei beantworten konnte. Andererseits bestätigte sich wieder einmal die alte Erfahrung: Das persönliche Gespräch ist durch nichts zu ersetzen, vor allem nicht durch Auseinandersetzungen per Zeitungsinterview.

In Berlin wird nach der Verschmelzung beider Parteien keine große Anzahl von Mitgliedern der WASG direkt zu uns kommen. Ich hoffe aber, dass es gelingen wird, viele neue Mitglieder zu gewinnen. Denn wir haben Ziele, die sich lohnen: soziale Gerechtigkeit, Mindestlöhne, Freiheit und Selbstbestimmung für jeden Menschen – und vor allem: Nein zu jeder Art von Krieg!

Die Eckpunkte

Bei der Frage von Krieg und Frieden haben sich beide Parteien in Dortmund übereinstimmend und mit übergroßer Mehrheit für eine konsequente Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr ausgesprochen. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass sogenannte friedens erzwingende internationale Militäreinsätze im Auftrag und unter Kontrolle der UN in regionalen Kriegs- und Bürgerkriegskonflikten nicht zu einer friedlichen Entwicklung beitragen.

Für mich, die ich in erster Linie in der Linken.PDS als einer Antikriegspartei Mitglied bin, wurden somit ganz wesentliche Punkte angesprochen. Ich hatte auch einen Antrag unterschrieben, in dem es um eine inhaltlich genauere Fassung des Abschnitts Ächtung des Neofaschismus in den Eckpunkten ging. Mir ist unverständlich, dass diese von Heiner Fink begründeten Anträge abgelehnt wurden.

Nun entscheiden die Mitglieder der Linken.PDS und der WASG. *Rim Farha, Delegierte*

SPD nervös

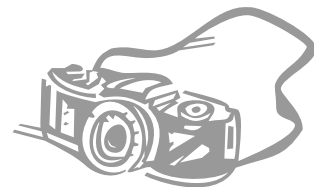
Zu den vielstimmigen Reaktionen der SPD auf die bevorstehende Gründung der Partei Die Linke sagte Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch am 27. März 2007:

„Mehr als 4 Millionen Menschen wollen in Deutschland eine Kraft links von der SPD. Das ist bei der Bundestagswahl 2005 deutlich geworden. Daran müssen sich auch die Funktionäre von der SPD gewöhnen. Die Nervosität in den Reihen der SPD kann ich verstehen, in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt ist die Linkspartei heute schon zweitstärkste politische Kraft vor der SPD.“

Die Verbalattacken kann sich Generalsekretär Heil sparen. Er sollte seine Energie besser für eine Politikoffensive der SPD für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner nutzen. Die SPD sollte spätestens jetzt ihre Position neu bestimmen. Die Pirouetten beim Mindestlohn, beispielsweise, sind zwar weltmeisterlich, aber ein ‚kühner Sprung‘ in Form eines Gesetzentwurfs im Bundestag führt eher zum Ziel. Es gibt im Bundestag eine Mehrheit für einen gesetzlichen Mindestlohn. Man muss ihn natürlich wirklich wollen und nicht nur als Karte in den Machtspielchen der Koalition einsetzen.“

Ein klares Ja: Linkspartei.PDS und WASG haben auf ihren parallel tagenden Parteitagen den Weg für „Die Linke“ freigemacht.





Oskar mobilisierte

Befürchtungen der Organisatoren eines Forums mit Oskar Lafontaine am 8. März waren allzu berechtigt: Die Frage war nicht, ob genügend Besucher kämen, sondern wo und wie man sie alle unterbringen könnte. Fast vierhundert waren gekommen, und sie wurden nicht enttäuscht.

Faktenreich, überzeugend, mit Witz und Esprit setzte sich Lafontaine im Schnelldurchlauf mit der unsozialen Politik der großen Ko-

alition u. a. bei der Steuer-, Renten- und Gesundheitspolitik auseinander, dabei die Alternativen der Linkspartei skizzierend: „Die neue Linke wird dann erfolgreich sein und Vertrauen gewinnen, wenn sie in ihrem Handeln glaubwürdig bleibt.“

In der Diskussion, von Gesine Löttsch souverän moderiert, gab es natürlich Fragen zur Berliner Sparkasse, den Forderungen der EU, möglichen Alternativen und Folgen des Verkaufs. Dieser Abend hatte mobilisierenden Charakter, wie lange nicht erlebt! *D. Görsdorf*



Foto: Jörg Rückmann

Protestwoche

Eine andere Welt ist möglich, wenn wir Druck machen. Beteilige Dich an der Protestwoche gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm – einige Aktionen gibt es auch in Berlin.

Weitere Informationen findet Ihr auf der Website der Organisatoren der G8-Proteste www.heiligendamm2007.de sowie unter www.gipfelproteste-dielinke.de.

Antifa-Tradition

Linke tschechisch-deutsche Riesengebirgstreffen haben Tradition: Dienten sie in den Jahren 1922–1933 der Beratung wichtiger politischer Themen, wurde das Treffen 1933 für deutsche Antifaschisten lebensrettend: Von der Verhaftung Bedrohte wurden mit der ersten organisierten Gruppenflucht über die Grenze gebracht.

Seit 1972 gibt es jährliche antifaschistische Traditionstreffen – das 85-jährige Jubiläumstreffen findet am 25. August 2007 in Malá Úpa an der Schneekoppe statt.

Zeigen Sie Solidarität mit den Tschechen bei der Ablehnung des amerikanischen Raketen-Abwehrrschirmes. Erleben Sie das alles in herrlicher Natur gemeinsam mit Gleichgesinnten. Busfahrten sowie Eigenanreise möglich!
→ Info: E. Wanitschek, Telefon: 559 04 95 oder E-Mail: ernst.wanitschek@gmx.de

Parteineubildung

● Der Landesvorstand hat den 1. Parteitag der Partei Die Linke, Landesverband Berlin, einberufen (30.6./1.7.) und den Delegierten-schlüssel beschlossen. Der Parteitag wird 150 Delegierte aus Gliederungen und 31 Delegierte aus Zusammenschlüssen vereinen.

● An der Urabstimmung der Berliner WASG (Soll sich der Landesverband am Parteineubildungsprozess beteiligen?) haben sich von 840 Mitgliedern nur etwa 29 Prozent beteiligt. 161 sagten Ja, 64 stimmten mit Nein. Es gab 4 Enthaltungen und 20 ungültige Stimmen. Dieses Ergebnis ist für den Berliner WASG-Vorstand nicht bindend, er lehnt die Fusion mit der Linkspartei.PDS ab.

● Der Prozess der Parteineubildung wird – auch in Absprache mit dem Bundesvorstand der WASG – nicht mit der Berliner WASG organisiert, sondern mit den Mitgliedern, die den Weg in die neue Linke mit der Linkspartei.PDS gehen wollen.

● In Lichtenberg wird eine Versammlung einberufen, auf der die WASG entsprechend der fusionswilligen Mitgliederzahl Delegierte zur Hauptversammlung entsendet. Mindestens drei Mitglieder der Linkspartei.PDS müssen zu Beginn dieser Versammlung anwesend sein, die den Beschluss zur Übertragung von Mitglieder-rechten fassen.

→ Weitere Infos: Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS (Alfred-Kowalke-Straße 14).

Mandat verlängert

Ende Februar endete die Wahlperiode der 4. Hauptversammlung und des Bezirksvorstandes der Lichtenberger Linkspartei.PDS. Deren Delegierte stimmten der Verlängerung ihrer Wahlperiode bis Juli zu. Eine neue Hauptversammlung in der Zeit vom 18. Mai bis zum 29. Juni wählt die Delegierten zum 1. Parteitag der Berliner Linken und nach Konstituierung des neuen Bezirksverbandes auch den neuen Bezirksvorstand (voraussichtlich im Juli).

Urabstimmung

1. Die Urabstimmung zur Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS findet mit folgender Fragestellung statt:

„Stimmst du dem Entwurf des Verschmelzungsvertrages zwischen WASG und Linkspartei.PDS und damit der Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS auf der Grundlage der beschlossenen Gründungsdokumente zu? Ja – Nein?“

2. Die Urabstimmung findet statt vom 30. März bis zum 18. Mai 2007.

3. Die Auszählung der Urabstimmung erfolgt durch die Wahlkommission des 10. Parteitages der Linkspartei.PDS.

4. Die Mandatsprüfungskommission des 10. Parteitages der Linkspartei.PDS erfüllt zur Urabstimmung die Aufgaben einer Clearingstelle.

Der Beschluss wurde vom Parteitag einstimmig – ohne Gegenstimmen, ohne Enthaltungen – angenommen.



Wieder eingestiegen

Neu in der BVV: Detlef Poge (53). Er studierte Philosophie und Politische Ökonomie, Abschluss als Diplom-Betriebswirt, dann Arbeitsökonom bei Tiefbau Berlin. Derzeit ist er tätig als Pflegehelfer in einem Seniorenstift. 1989 war er Bürgerbewegter in Berlin-Hohenschönhausen und nach der Wende Bezirksverordneter in der 1. BVV, danach jahrelang Bürgerdeputierter und Bezirksverordneter für die PDS in Hohenschönhausen und Lichtenberg. Für „info links“ fragte Joachim Pampel.

- **„info links“:** Als unmittelbarer Nachrücker für die ins Bezirksamt gewählten Stadträte bist Du nicht zum erstmalig Bezirksverordneter. Welche bisherigen kommunalpolitischen Erfahrungen möchtest Du für Deine Arbeit in der BVV wiederbelebt wissen?
- **Detlef Poge:** Meine kommunalpolitischen Erfahrungen bringe ich in erster Linie wieder in den Ausschuss Haushalt/Personal und Verwaltungsmodernisierung ein. In diesem Ausschuss nimmt die Arbeit mit dem Bürgerhaushalt einen bedeutenden Platz ein. Darüber hinaus will ich meine Erfahrungen hinsichtlich Baumfällungen, Ortsumfahrungen und Windkraftanlagen nutzen.
- **„info links“:** Worauf warst Du in der VI. Wahlperiode nicht gefasst und wie gehst Du mit dem Unerwarteten um?
- **Detlef Poge:** Der Ablauf der BVV ist neu geregelt, der zeitliche Rahmen wurde beibehalten. Die Tagesordnung der monatlichen BVV wird nicht immer abgearbeitet. Die notwendige Fortsetzungs-BVV belastet alle, die noch einen Job haben und in Schichten arbeiten. Die BVV sollte deshalb organisatorisch



Foto: Joachim Pampel

straffer geordnet, effektiver geleitet und/oder zeitlich an einem Tagungstag erweitert werden.

- **„info links“:** Woran willst Du in fünf Jahren gemessen werden?
- **Detlef Poge:** An dem, was ich im Bezirk konkret mit angeschoben habe und was sich daraufhin verändert hat. Ich würde mich zum Beispiel freuen, wenn in Lichtenberg ein paar Säulenpappeln stehenbleiben würden. Auch eine Umfahrung von Ahrensfelde und Malchow durch den starken Autoverkehr von und zur Autobahn wäre ein messbarer Erfolg.
- **„info links“:** Hast Du ein Lebensmotto?
- **Detlef Poge:** Politik machen und das Leben trotzdem genießen.

Sind wir Oscar?

In der manipulierten öffentlichen Meinung schreitet die BRD trotz aller sozialen Misere von Triumph zu Triumph. Vor zwei Jahren hieß es: Deutschland ist Papst. Voriges Jahr wurde es Fußball-Vizeweltmeister. Nun tönte Westerwelle: „Wir sind Oscar!“. „Das Leben der Anderen“ von Regisseur von Donnerstagsmarck wurde „bester nicht-englischsprachiger Film“. Die Medien überschlugen sich. Selbst das ND brachte drei Beiträge, die allerdings nicht in das Jubelgeheul einstimmten, sondern sachlich-kritisch blieben. Marion Pietrzoks Kommentar trägt zwar die Überschrift „Schöne Bilder, tolle Töne“, und auch in anderen Würdigungen wird die „filmische Leistung“ hervorgehoben. Die kann ich nicht beurteilen.

Ich habe in erster Linie auf den Inhalt geachtet, und da halte ich es mit dem schon zu DDR-Zeiten berühmten und beliebten Schauspieler Henry Hübchen. Der mag den Film nicht, wie ihm Alexander Osang in einem Artikel über Hauptdarsteller Mühe („Der Spiegel“ 10/2007) bescheinigt, „weil er eine DDR zeige, die es so nicht gegeben habe. Henry Hübchen möchte nicht, dass seine Kinder und Enkelkinder einmal glauben, er habe in so einem Land gelebt.“

Mir geht es genau so. In diesem Film sehe ich ein übles Machwerk zur Verteufelung des Landes, in dem wir groß geworden sind. An seiner Beweihräucherung beteiligen sich im Übrigen geradezu „geniale“ Kenner der DDR-Wirklichkeit, z. B. der Noch-Bayerische Ministerpräsident.

Ronald Löttsch

Spielplatz bleibt

Der Spielplatz auf dem Innenhof Gensinger Straße 62 bis 114 bleibt in kommunaler Verantwortung. Dies beschloss die BVV auf Antrag der Linkspartei.PDS auf ihrer 6. Tagung am 22. März. „Ich bin froh“, sagte Initiator Helmut Hahn, „dass dem jahrelangen Drängen der Bürger und dem Rat vieler Fachleute nun endlich gefolgt wird und der Standort für die Kinder und deren Eltern ausgebaut werden kann“. Den letzten Anstoß dazu hat sicher der Kiezspaziergang von Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich gegeben. Ob es nun zügig weitergeht? J. P.

Frauentagsblumen

Reichlich wurden sie wieder verteilt, die Rosen und andere Schönheiten für die Frauen. Wohl überwiegend aus Übersee, wo sie von Frauen unter unwürdigen gesundheitlichen und sozialen Bedingungen produziert werden.

Solche Blumen gerade zum Frauentag? Das muss und sollte nicht sein! Es gibt in Berlin über 30 Fachgeschäfte mit Blumen aus fairem Handel. In Lichtenberg haben wir drei davon.

Also: 2008 ist wieder Frauentag. Aber auch zwischendurch sollten wir an die ausgebeuteten Frauen in Übersee denken.

Rudolf Gorisch, Berlin-Friedrichsfelde

Kommste mit?

ALKALIJ-Termine

- **Sonntag, 14. April, 11.30 Uhr**
Gemeinsame Landesmitgliederversammlung aller Jugendstrukturen in und bei der Linkspartei.PDS und der WASG; Thema: Neugründung des Jugendverbandes. Eingeladen sind alle U 35 und selbstverständlich Fördermitglieder von [solid]. Ort: Wilhelmstraße 115
→ www.solid-berlin.org
- **Freitag, 27. April, 19 Uhr**
2. Soli-Band-Contest für „Rock für Links“, mit dabei: Inner Stereo, Port Royal, Rooty & the Rebeleptics, freistart. Ort: „Linse“
- **Sonntag, 28. April, 16 Uhr**
(wahrscheinlich):
G8-Filme, Rechtshilfe-Seminar zum Sicherheits- und Ordnungsgesetz Meck-Pomm, evtl. nochmal Aktionstraining; Falkenburg, Gensinger Straße 101

Katarina Franz

Keine Feier für alle

Bei den Feiern zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge entrollten [solid]-Mitglieder ein Transparent gegen die Europäische Grenzpolitik. Mit umfangreichen Absperrungen und Kontrollen versuchte die Polizei, den öffentlichen Zugang zum Jubelfest am Brandenburger Tor in Berlin anlässlich des 50. Jubiläums der Römischen Verträge für politisch missliebige Kritikerinnen und Kritiker der EU-Politik zu sperren. „Öffentliche Feier? Nicht für alle“, erklärte Bezirksverordneter und [solid]-Lichtenberg-Mitglied Kirill Jermak, dem selbst der Zutritt versagt wurde. „Mir und einigen anderen Menschen, die in das Polizeiraaster des vermeintlichen Demonstranten fielen, wurde die Teilnahme an diesem Fest untersagt.“ Bei schikanösen Vorkontrollen, martialisch anmutenden Polizisten und völlig überzogenen Maßnahmen wie Platzverweise und Gewahrsamnahme von Menschen, die sich nicht schnell genug aus der Innenstadt entfernten, bekommen die Begriffe Demokratie, Frieden und Rechtsstaat doch einen mehr als faden Beigeschmack. Eine kritische Begleitung des Festes war so nicht möglich.

Dennoch gelang es am frühen Abend Aktivistinnen und Aktivistinnen des linksparteinahen Jugendverbands [solid] und der sozialistischen Jugend direkt vor der VIP-Tribüne ihren Protest gegen die Festung Europa zu äußern. Sie entrollten ein Transparent mit der Auf-

G8-Protest auf CD

Für eine CD mit globalisierungskritischen Liedern stellen Künstler ohne Gage Musik zur Verfügung. 20 000mal wollen wir diese CD kostenlos an junge Menschen verteilen, um sie für den Protest gegen den G8-Gipfel der Ungerechtigkeit im Juni zu gewinnen. Dafür brauchen wir Unterstützung. Wir – das ist der Verein Gesellschaft für politische Bildung e.V.

- Konto-Nr. 130 019 201, BLZ 200 100 20, Postbank Hamburg, Kennwort: „G8-CD“ (Spendenquittung auf Wunsch)

schrift „ALLE MAUERN MÜSSEN WEG – Gegen eine Festung Europa!“, welches bereits zuvor auf der breiten Bündnisdemo gegen den EU-Gipfel in den ersten Reihen zu sehen war. Über mehrere Minuten bekundeten sie so lautstark ihre Solidarität mit den Flüchtlingen vor den Toren Europas, bis die Polizei auf Weisung der Veranstalter ihnen das Transparent entriss und die Personalien feststellte.

Damit zeigten die Jugendlichen, dass sich Protest nicht verbieten lässt – weder heute in Berlin noch während des G8-Gipfels in Heiligendamm. Dazu erklärt Felix Pithan, Bundessprecher von [solid]: „Jährlich sterben Tausende Flüchtlinge beim Versuch, die EU-Außengrenzen zu überwinden. Solange dieses mörderische Grenzregime besteht, werden wir dagegen auf die Straße gehen.“ [solid]

Veranstaltungen

- **Dienstag, 10.4., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Sonntag, 15.4., 10 Uhr***
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Wohin verändert sich der Kapitalismus?“, mit den Professoren Hans-Joachim Braun und Harry Nick
- **Montag, 16.4., 19 Uhr**
„Stell Dir vor, es ist Sozialismus und keiner geht weg“, Forum mit Stefan Liebich, MdA; „Alte Schmiede“, Spittastraße 40
- **Dienstag, 17.4., 19 Uhr***
Beratung mit den Leitern der Wahlkreisaktive und Sprecherräten
- **Mittwoch, 18.4., 18.30 Uhr****
Beratung der Leiter der Wahlkreisaktive mit den BO-Sprechern Hohenschönhausen
- **Freitag, 20.4.**
Kiezfest Frankfurter Allee Süd mit der HOWOGE anlässlich des 13-jährigen Bestehens der Kiezspinne und der Eröffnung des größten Niedrigenergiehauses, Schulze-Boysen-Straße 35–36
- **Dienstag, 24.4., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Donnerstag, 26.4., 17 Uhr**
Tagung der BVV; Bezirksamt, Große-Leege-Straße 103
- **Dienstag, 1.5., 11–18 Uhr**
Lichtenberger Familienfest; Warnitzer Bogen, Falkenberger Chaussee/Ecke Pablo-Picasso-Straße
- **Dienstag, 1.5., 11 Uhr**
DGB-Kundgebung; Brandenburger Tor, Platz des 18. März

Veranstaltungsorte:

* Alfred-Kowalkestraße 14, ** Ahrenshooper Straße 5

Ostermarsch 2007

Die Teilnehmer treffen sich am Ostermontag, dem 9. April 2007, Treffpunkt 12 Uhr, Unter den Linden/Höhe Niederstädtische Kirchstraße (nahe US-Botschaft). Der Marsch endet gegen 14 Uhr am Rosa-Luxemburg-Platz.

Im Anschluss an den Ostermarsch erinnert sich die Thüringer Rockband ESMA im Kino Babylon am Rosa-Luxemburg-Platz an Brecht unter dem Titel „In der Sünder schamvollem Gewimmel oder Was Eugen Berthold Friedrich in Augsburg so alles gedichtet und gesungen hat ...“ Karten gibt es zu 12/10 Euro und für Schüler bis 14 Jahre und Studenten zu 6 Euro (unter Telefon 5171 39 803 oder an der Kinokasse).

Antieiszeitkomitee und Berliner Friedenskoordination

Foto: [solid]



350 Jugendliche besuchten am 23. März den Bandwettbewerb von „Rock für Links“. Gewinner war die Band „Radio Havanna“. Am 27. April findet ab 19 Uhr das nächste Konzert im Klub „Linse“ statt. Der Eintritt kostet 2 Euro. Weitere Infos unter www.rock-fuer-links.de.

Sparkasse auf Sparflamme

Interview mit Harald Wolf

Harald Wolf ist seit 2002 Bürgermeister von Berlin. Zudem ist er Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen sowie im Lichtenberger Wahlkreis 6 direkt in das Abgeordnetenhaus gewählt worden.

Der Verkauf der Sparkasse wird im Moment mit Sorge, aber auch mit Unkenntnis und Verdächtigungen diskutiert.

● **„info links“:** Warum verkauft Berlin seine Sparkasse?

● **Harald Wolf:** Berlin muss nicht schlechthin seine Sparkasse, sondern seinen Anteil von 81 Prozent an der Bankgesellschaft verkaufen, deren Bestandteil die Sparkasse seit 1994 ist. Hauptsächlich, um in der Bankenkrise 2001 die Sparkasse zu retten, hatte sich Rot-Rot für die Risikoabschirmung bei Immobilienfonds, welche im Angebot der Landesbank und also auch der Sparkasse waren, entschieden. Diese Bürgschaft von potenziell 21 Milliarden Euro – zu zahlen innerhalb von 30 Jahren – musste aus europäischen Wettbewerbsgründen von der EU-Kommission genehmigt werden. Diese hatte ihre Genehmigung mit der strengen Auflage der Veräußerung bis Ende 2007 verbunden.

● **„info links“:** Warum wurde die Sparkasse nicht aus der Bankgesellschaft herausgelöst?

● **Harald Wolf:** Die Bankgesellschaft besteht zum größten Teil aus der Sparkasse, weswegen auch die Risikoabschirmung diese ganz wesentlich betraf. Die EU-Auflage gilt für die Bankgesellschaft als Ganzes – einschließlich ihres zentralen Bestandteils, der Sparkasse.

● **„info links“:** Warum wurde im Sparkassengesetz nicht eine ausschließlich gemeinnützige Gewinnverwendung festgeschrieben?

● **Harald Wolf:** Wir haben in unserem Sparkassengesetz die sparkassentypischen Auflagen festgeschrieben, wie sie in allen Bundesländern üblich sind: Förderung des Sparens, insbesondere für einkommensschwache Bevölkerungsschichten, sowie die Versorgung von kleinen und mittelständischen Unternehmen mit Krediten. Wir haben verankert, dass Gewinnerwirtschaftung nicht der Hauptzweck ist. Mit dem Versuch, eine ausschließlich gemeinnützige Gewinnverwendung festzuschreiben, ist die Bundesregierung bei der EU-Kommission gescheitert. Eine solche Festlegung findet sich deshalb in keinem Sparkassengesetz der Bundesrepublik.



Im ständigen Kontakt mit der Wirtschaft: Wirtschaftssenator Harald Wolf

● **„info links“:** Ist mit dem Verkauf der Berliner Sparkasse der Weg zur Zerschlagung des gesamten Sparkassensystems eröffnet?

● **Harald Wolf:** Genau das Gegenteil ist der Fall. Es ist in zähen Verhandlungen gelungen, dass die EU-Kommission die Berliner Bankgesellschaft und also auch die Sparkasse Berlin als Sonderfall betrachtet und sich verpflichtet hat, ihren Feldzug gegen die öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Deutschland einzustellen. Bedingung ist allerdings, dass das Berliner Verfahren ein diskriminierungsfreies ist und dass für niemanden Hürden aufgebaut werden. Wenn wir diese Verfahrenskriterien strikt einhalten, sind die öffentlich-rechtlichen Sparkassen bundesweit in ihrem Bestand gesichert.

● **„info links“:** Wie soll der Verkauf realisiert werden?

● **Harald Wolf:** Anfang Januar haben wir die Verkaufsabsicht angekündigt, es hat Interessenbekundungen und erste Angebote gegeben. Jetzt werden davon die besten ausgewählt, und die haben dann die Gelegenheit, bis Mitte des Jahres ein genaues Angebot abzugeben. Darüber wird dann in Berlin entschieden – der Vorgang wird extern begleitet, um Klagen auszuschalten –, so dass bis Ende des Jahres der Verkauf perfekt sein dürfte.

Unsere Sprechstunden

So sind die Lichtenberger Vertreter im Berliner Abgeordnetenhaus zu erreichen:

- **Evrin Baba:** ☎ 0172-39 25 870, 27. April, 17 Uhr, Soziokulturelles Zentrum Welsestraße 32
- **Marion Platta:** ☎ 0170-698 92 55, 19. April, 17 Uhr, Soziokulturelles Zentrum Fennpfuhl, Landsberger Allee 180 D
- **Prof. Dr. Steffi Schulze:** ☎ 0163-717 89 90, 19. April, 17 Uhr, Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38
- **Giyasettin Sayan:** ☎ 0171-703 01 63, 2. Mai, 17 Uhr, KULTSchule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel)
- **Harald Wolf:** ☎ 9013 8100, Termine nach Vereinbarung
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zottl:** ☎ 0151-1560 2356, 16. April, 17 Uhr, Abgeordnetenhaus, 25. April, 17 Uhr, Nachbarschaftshaus, Am Berl 8 – 10

Alle Abgeordneten bieten auch Termine nach Vereinbarung an. Gern kommen wir in Basis- und Bürgerversammlungen und diskutieren über die aktuelle Politik des rot-roten Senats. **Ladet uns ein!**

Regierungshandeln und Sponsoring

Gesine Löttsch am 23. März 2007 im Bundestag zum Antrag der Linksfraction „Verzicht der Bundesregierung auf Einnahmen aus Sponsoring“ (Drs. 16/4488)

Die Linke fordert mit dem vorliegenden Antrag die Bundesregierung auf, für die obersten Bundesbehörden und die Bundeswehr auf Einnahmen aus Sponsoring zu verzichten. Was ist Sponsoring? „Beim Sponsoring wird eine Partnerschaft eingegangen, bei der beide Parteien beabsichtigen, auf dem Prinzip von Leistungen des Sponsors und Gegenleistungen des Gesponsorten Vorteile für die eigenen Interessen zu erzielen.“ So steht es in der entsprechenden Verwaltungsvorschrift.

55 Millionen Euro

Zu den größten Sponsoren der Bundesregierung gehört der Rüstungskonzern EADS. Seit 2003 bezuschussten EADS und die Tochterfirmen des Konzerns insgesamt 20 Empfänge, Bälle und Essen für das Verteidigungsministerium, die Bundeswehr und ihre Gäste. Insgesamt subventionierten sie das Wehressort seit 2003 mit Geld und Sachleistungen im Wert von rund 87 000 Euro.

Andere Bundesbehörden ließen sich von Firmen wie Siemens, BMW, DaimlerChrysler, VW, E.on, Deutsche Telekom sowie Vattenfall, Shell, GlaxoSmithKline und General Electric sponsern. Die Gesamtsumme der von der Bundesregierung von August 2003 bis Ende 2004 eingeworbenen Leistungen betrug mehr als 55 Millionen Euro.

Geben und Nehmen

Da Sponsoring immer auf Leistung und Gegenleistung beruht, frage ich mich, was hat z. B. der Rüstungskonzern EADS als Gegenleistung bekommen? Ich habe die Bundesregierung gefragt, wie viel Geld in der Zeit von 1999 bis 2007 für Rüstungsaufträge an EADS geflossen ist? Es sind 10,5 Mrd. Euro. Das sind 17,8 Prozent aller vergebenen Rüstungsaufträge! Da fragt sich doch jede Bürgerin und jeder Bürger, ob es vielleicht einen Zusammenhang zwischen der Ausrichtung von Empfängen des Bundesverteidigungsministeriums durch EADS und der Zahlung von 10,5 Mrd. Euro gibt.

Oder denken wir an Siemens. Siemens befindet sich momentan in einer schweren Korruptionsskandal und versucht, seine Bestechungsgeschichte aufzuarbeiten.

Siemens sponsert auch die Bundesregierung. Worin besteht die Gegenleistung? Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, dass Siemens zusammen mit IBM einen Auftrag bekommen hat, der ein Volumen von 7,3 Milliarden Euro umfasst. Der Rechnungshof hat festgestellt, dass dieses Projekt eine Milliarde Euro günstiger gewesen sein könnte, wenn die Bundesregierung das Projekt in eigener Regie geführt hätte. Doch die Bundesregierung war sehr großzügig und gab das Projekt komplett in die Hände von Siemens und IBM ...

Politische Hygiene

Es riecht förmlich nach Korruption und Bestechung. Um diesen Geruch aus der Nase zu bekommen, ist es eine Frage der politischen Hygiene, dass die Bundesregierung komplett auf Sponsoring im Kernbereich der Bundesverwaltung verzichtet.

Die Bundesregierung darf nicht leichtfertig das Ansehen des Staates aufs Spiel setzen. Sponsoren dürfen nicht weiter Regierungshandeln beeinflussen und damit über die Politik in unserem Lande entscheiden. Jeder weiß, dass der Druck der Lobbyisten von Tag zu Tag größer wird. Es wird immer offensichtlicher, dass die Bundesregierung immer häufiger diesem Druck nachgibt.

Interessen ver- oder zertreten?

Denken wir nur an die Debatte um den Kohlendioxid ausstoß deutscher Autos oder um den Schutz von Nichtraucher – immer hat-

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

- Wahlkreisbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787.
- **Sprechstunde:** 10. April, 17 Uhr, Wahlkreisbüro

Sehr gern komme ich in Einwohner- und Basisberatungen. **Ladet mich ein!**

ten starke Lobbygruppen ihre Finger im Spiel, um ihre Partikularinteressen mit Hilfe der Bundesregierung gegen die Mehrheit im Land durchzusetzen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben nicht mehr den Eindruck, dass ihre Volksvertreter ihre Interessen vertreten, sondern die Interessen von EADS und Siemens. Das führt zu der viel beschriebenen Politikverdrossenheit. Der Verzicht auf das Sponsoring in Kernbereichen der Bundesregierung könnte ein klares Zeichen an die Bürgerinnen und Bürger sein. Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Im Namen der Bundesregierung empfahl Staatssekretär Bergner, den Antrag wegen Belanglosigkeit abzulehnen ...

Gesine Löttsch verschenkte nicht nur Rosen zum 8. März, sondern begrüßte fast 200 Frauen zu einem Sektfrühstück im Bundestag.



Foto: Sascha Eichbaum



Schule einmal anders

Statt des normalen Unterrichts gab es am 20. Februar für eine 10. Klasse der Keith-Haring-Oberschule und wenige andere in der Anna-Seghers-Bibliothek eine Lehrstunde besondere Art: Der dänische Historiker Arne Gammelgaard, der eigens für diese Veranstaltung nach Berlin gereist war, stellte in seinem Buch „Auf Führerbefehl in Dänemark“ die Flucht Deutscher aus den Ostgebieten dar. Diese wird aus deutscher Sicht oft dramatisch und verklärt dargestellt.

Als 1945 auf Führerbefehl etwa 250 000 Flüchtlinge über beschwerliche Umwege nach Dänemark gebracht werden, weiß keiner wohin mit ihnen. Sie kommen aus Nazi-Deutschland, der Besatzungsmacht, gleichwohl sind es in Not geratene Menschen. Wegschicken kann man sie nicht, das wird auch von den Alliierten nicht erlaubt. Erst in Schulen, später in Lagern, müssen die Familien bis 1949 in Dänemark bleiben. Eines dieser Lager war

Oksbøl. Arne Gammelgaard lebte in der Nähe dieses Flüchtlingslagers. „Ortsgeschichte ist wie ein Tropfen Wasser, der die Weltgeschichte widerspiegelt. Sieht man in den Tropfen, versteht man das Gesamte.“ Daher fängt er an, sich mit der Geschichte des Lagers zu beschäftigen und sucht nach Zeitzeugen.

Er lernt unter anderem Inge Junginger kennen, die mit 11 Jahren als eines von vier Kindern mit der Mutter aus Deutschland fliehen musste. Auch sie und ihr jüngerer Bruder sind zu der Veranstaltung gekommen.

Abseits vom zerbombten Deutschland lebten sie mit ihrer Familie während dieser Zeit in Oksbøl, in das ein mehr oder weniger geregeltes Leben Einzug hielt. Es gibt auch eine Schule, in der aus eigenem Antrieb fleißig gelernt wird, auch wenn die Klassen mit bis zu 70 Mädchen besetzt sind, erinnert sich Inge Junginger.

Anderthalb Stunden hörten wir den dreien gebannt zu. Schade, dass es dieses Buch in Deutschland nicht zu kaufen gibt. Aber ausleihen kann und sollte man es in der Anna-Seghers-Bibliothek.

Katarina Franz

Inge Junginger und Arne Gammelgaard



Foto: privat

info links

Herausgeber

Die Linkspartei.PDS – Landesvorstand Berlin, Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@pds-berlin.de

Web: www.dielinke.pds-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss für 3/07: 29.3.2007

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 4/07:

Mittwoch, 11.4. und 25.4., jeweils 16 Uhr

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 23.4.2007

Die nächste Ausgabe erscheint am 3.5.2007

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

● Dienstag, 10.4., 19 Uhr

„Von links nach quer gelacht“ (Scherz, Satire und tiefere Bedeutung), Gastspiel des Zimmertheaters Karlshorst in der Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38

● Mittwoch, 11.4., 19.30 Uhr

Wartenberger Konzerte: „Wassermusik“ von Händel und „Te Deum“ von Charpentier, Wartenberger Kantorei und Orchester, Sopran: Kathrin Unger, Bariton: Michael Gerke, Leitung: Natalie Miller; Kirche zu Wartenberg, Falkenberger Chaussee 93

● Sonnabend, 14.4., 19.30 Uhr

Filmklassiker in der Galerie: „Ich war Neunzehn“, von Konrad Wolf; Galerie Carlshorst im Kulturhaus, am S-Bahnhof

● Sonnabend, 14.4., 19 Uhr

15 Jahre Jazz-Treff Karlshorst e.V., mit den Dixie Brothers, der Oldtime Memory Jazz Band, Jena und dem Elly Wright Trio aus Wien; Saal des Kulturhauses Karlshorst, am S-Bahnhof

● Noch bis Donnerstag, 19.4.

Ausstellung: Farbradierungen von Georg Bothe; Galerie OstArt, Giselastraße 12

● Freitag, 20.4., 19.30 Uhr

„Wir sind die Liebermanns. Die Geschichte einer preußisch-jüdischen Familie in drei Jahrhunderten“ (Propyläen Verlag 2006), Lesung und Gespräch mit der Autorin Regina Scheer; Studio im Hochhaus, Zingster Straße 25

● Sonnabend, 21.4., 14 Uhr

Frühlingsball der Lichtenberger Seniorenbegegnungsstätten, Stargast: Dagmar Frederic, Tanzmusik mit Hartmut Haker und Martina Maria Preil; Saal des Kulturhauses Karlshorst, am S-Bahnhof

● Dienstag, 24.4., 14 Uhr

Kabarett Kneifzange und Donato Plögert zu Gast; Saal des Kulturhauses Karlshorst, am S-Bahnhof

● Donnerstag, 26.4., 19.30 Uhr

Premiere: „Das 11. Gebot (Du sollst dich nicht erwischen lassen!)“, ein Stück über die Gladow-Bande von Annett Gröschner und Grischa Meyer; Theater an der Parkaue, S- und U-Bahnhof Frankfurter Allee

● Dienstag, 8.5., 19 Uhr

Festkonzert zum Tag der Befreiung, mit dem Ernst-Busch-Chor und der Gesangsgruppe LYRA e.V. (Eintritt 10 Euro); Russisches Haus der Wissenschaft und Kultur, Friedrichstraße 176 – 179